

Unsere Woche im Landtag

Liebe Leserinnen und Leser,

wir befinden uns zwar inmitten des zweiten Lockdowns in Bayern und Deutschland, doch es gibt Grund zur Hoffnung: **Seit dem 13. Januar sinkt die 7-Tage-Inzidenz** – langsam aber sicher. Dies zeigt klar, dass der harte Lockdown wirkt! Darüber freuen wir uns sehr und blicken mit Zuversicht auf die kommenden Monate.



Doch nicht nur sinkende Inzidenz und steigende Impfraten, sondern **auch unsere sehr produktive Winterklausur Mitte Januar gibt uns Zuversicht**. Denn mit digital zugeschalteten Experten haben wir über die aktuelle Corona-Lage, die Zukunft von Rente und Pflege sowie den Brexit diskutiert. Durch diese unglaublich informativen Gespräche erhielten wir reichlich Input, den wir **in den kommenden Wochen und Monaten in parlamentarische Initiativen und Anträge gießen** werden, um Bayern gut durch und bald auch aus der Krise herauszuführen.



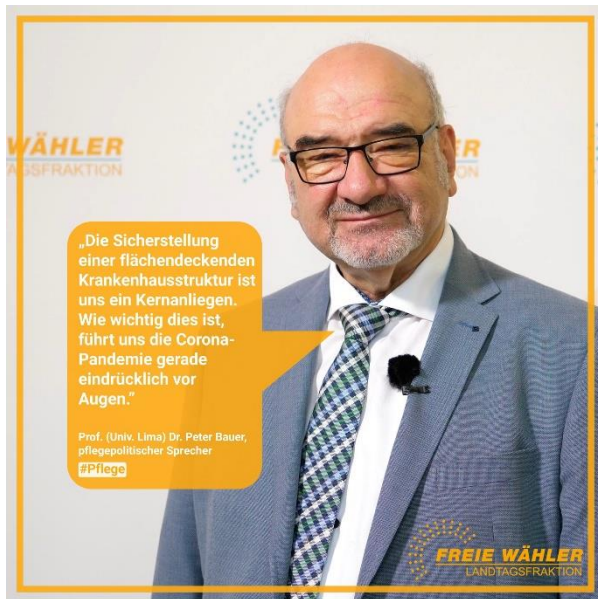
Fraktionsklausur im Plenum des Bayerischen Landtags am 13. & 14 Januar

Rückblick

Dreh- und Angelpunkt unserer parlamentarischen Woche war die erneute Regierungserklärung mitsamt Aussprache. Es ist klar geworden, was das große Paradoxon dieser Tage bleibt: Wer sich mehr Freiheit und Normalität wünscht, hat naturgemäß die größten Probleme mit Einschränkungen. Zeitgleich führt der einzig gangbare Weg in Richtung Normalität und Freiheit derzeit ausgerechnet über deren vorübergehende Beschränkung. **Dieses Dilemma können wir nur auflösen,**

wenn wir nochmals unpopuläre Entscheidungen treffen, um dadurch populäre Ziele zu erreichen. Auf dem Weg dorthin orientieren wir uns an der **Bayerngleichung aus Vorsicht, Umsicht und Zuversicht.** Wir agieren vorsichtig, indem wir den **Lockdown bis zum Valentinstag verlängern.** So gewinnen wir Zeit, um die Entwicklung von Mutationen beurteilen zu können und senken die Infektionszahlen weiter auf ein Maß, das eine verlässliche Verfolgung von Infektionsketten durch die Gesundheitsämter zulässt. Währenddessen gilt es umsichtig zu sein und schon jetzt einen verantwortungsbewussten **Bayernplan für den Exit aus dem Lockdown** zu entwickeln. Die Aussicht hierauf motiviert die Menschen nämlich weitaus mehr zum Mitmachen als Angst und Depression, während die coronagebeutelte Wirtschaft auf diese Weise eine dringend notwendige Perspektive erhält. Mit Zuversicht treiben wir zeitgleich die **Impfkampagne** voran und forschen weiter mit Nachdruck an **Therapien gegen Covid19**, die schwere Verläufe abmildern und Todesfälle verhindern können. Beides wird dazu beitragen, die Pandemie im Jahresverlauf final zu überwinden. **Mit diesem Dreiklang aus Vorsicht, Umsicht und Zuversicht ist die Bayernkoalition weiter optimal aufgestellt, um unser Land und seine Menschen bestmöglich durch diese historische Krise zu führen.**





Mit einem Dringlichkeitsantrag setzen wir uns dafür ein, Freiwillige für Corona-Schnelltests in stationären Pflegeeinrichtungen zu gewinnen. **Ziel ist, mit den zusätzlichen Kräften Personal sowie Besucherinnen und Besucher zu testen, um Besuche zu ermöglichen und gleichzeitig Infektionen vorzubeugen.** Denn die Pflegeeinrichtungen stehen bereits jetzt vor großen personellen Herausforderungen und benötigen bei dieser Aufgabe dringend Unterstützung. Deshalb wollen

wir in Zusammenarbeit mit den bayerischen Hilfsorganisationen zeitnah eine umfassende und öffentlichkeitswirksame Kampagne für die Mobilisierung von Freiwilligen starten. Gleichzeitig soll die Staatsregierung zusammen mit den Freiwilligenorganisationen auch die fachliche Einweisung der Interessierten organisieren sowie die Kosten übernehmen. **Mit der flächendeckenden Einführung von Schnelltests haben wir so ein wichtiges Instrument an der Hand, um Senioren und Pflegebedürftigen wieder mehr Begegnungen und Kontakte mit Angehörigen zu ermöglichen.** Doch auch wenn die Impfungen der besonders vulnerablen Gruppen bereits gestartet sind, wird einige Zeit vergehen, bis die Immunisierung umfassend greift. Bis dahin sind Schnelltests von erheblicher Bedeutung für den Infektionsschutz. Unser Ziel muss sein, bis zum Frühjahr ein schlagkräftiges Team aus freiwilligen Helfern auf die Beine zu stellen. Dieses Miteinander und die Möglichkeit sich einzubringen werden dazu beitragen, dass unsere Gesellschaft gerade in Corona-Zeiten fest zusammensteht.

Auch das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ) ist von der Corona-Pandemie und ihren Einschränkungen massiv betroffen. Daher haben wir einen Dringlichkeitsantrag eingereicht, um den Einstieg in ein FSJ flexibler und zielgerichteter zu gestalten. So sollen **bei akutem Bedarf Freiwillige gerade in Krisenzeiten leichter an entsprechende Stellen vermittelt werden können.** In Abstimmung mit den Trägern sollen Bewerbungsfristen, Einstiege in das FSJ, digitale Einführungskurse oder Seminare sowie pädagogische Begleitung flexibilisiert werden. Denn während Helfer mancherorts – etwa in Krankenhäusern oder Pflege- und Altenheimen – dringend gesucht werden, sind viele Einsatzstellen der Freiwilligendienste wegen der Corona-

Pandemie geschlossen oder nur eingeschränkt aktiv. Mit einer Neuregelung **bietet sich nun die Möglichkeit, dass Freiwillige während der Pandemie befristet in systemrelevanten Bereichen aushelfen können.** Selbstverständlich treten sie ihren ursprünglichen Freiwilligendienst an, sobald dies wieder möglich ist. Nur so haben Freiwillige und Träger ausreichend Planungssicherheit. Doch nicht nur in Krisenzeiten ist jeder freiwillige Einsatz wertvoll und fördert das Miteinander und den Zusammenhalt unserer Gesellschaft.



Diese Woche ist auch die Corona-Regel für Supermärkte und Drogerien durch das Gesundheitsministerium aufgehoben worden: Wir FREIE WÄHLER im **Landtag begrüßen die Entscheidung, dass Supermärkte und Drogerien ab sofort neben Waren des täglichen Bedarfs ihre gesamte Produktpalette anbieten dürfen.** Damit muss zwingend die Öffnung des gesamten Einzelhandels im Freistaat einhergehen – alles andere wäre eine klare Wettbewerbsverzerrung. Es ist nicht einzusehen, dass Aldi, Edeka, dm, Rossmann und Co. wieder Haushaltsware und Spielzeug verkaufen dürfen, während der bayerische Einzelhandel, der mehr als 70 Prozent Umsatzeinbußen zu beklagen hat, in die Röhre guckt. Warum dürfen wir in einem Supermarkt einkaufen, in einem Bekleidungsgeschäft aber nicht? Das versteht niemand mehr. Deshalb hat Wirtschaftsminister Aiwanger recht: Wir brauchen mehr Sachlichkeit in der Debatte und eine konkrete Öffnungsperspektive. Jetzt!

Auch setzen wir uns seit langem dafür ein, dass Bayern mit einem eigenen Lobbyregister Maßstäbe für mehr Transparenz in den Beziehungen zwischen Wirtschaft und Politik schafft. Denn transparentes Handeln trägt nicht nur



„Transparenz 2.0: Wir setzen uns für ein eigenes Lobbyregister in Bayern ein. So wollen wir das Vertrauen der Menschen in Politik und Verwaltung nachhaltig stärken.“

Alexander Hold,
Vizepräsident des Bayerischen Landtags und Mitglied des Verfassungsausschusses

zu einer verbesserten Kontrolle staatlichen Vorgehens bei. Es **stärkt darüber hinaus auch das Vertrauen der bayerischen Bürgerinnen und Bürger in Politik und Verwaltung sowie die Akzeptanz für deren Handeln**. Auf EU-Ebene und in einigen europäischen Ländern sind bereits seit einigen Jahren gute Erfahrungen gesammelt worden mit einer öffentlichen Liste zur Registrierung von Interessenvertretern, die auf politische Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse Einfluss nehmen.

In Deutschland wollen wir FREIE WÄHLER im Landtag mit einer sehr guten bayerischen Lösung Vorreiter sein. Aus diesem Grund haben wir bereits im letzten Jahr das Gespräch mit Fachleuten zu diesem Thema gesucht und einen eigenen Gesetzentwurf angekündigt. Wir werden in den nächsten Wochen gemeinsam mit unserem Koalitionspartner intensiv einen gemeinsamen Vorschlag abstimmen, um Vorsorge zu treffen und um Lobbykandale, wie sie jüngst auf Bundesebene aufgetreten sind, in Bayern zu vermeiden.



Erinnerung an das Gespräch mit Ernst Grube, einem der wenigen noch lebenden KZ- Überlebenden beim Holocaust- Gedenktag 2019 KZ-Gedenkstätte in Dachau.

#WeRemember" im Gedenken an den 76. Jahrestag der Befreiung des KZ Auschwitz am 27. Januar 1945.

"Ihr seid nicht verantwortlich für das, was geschah. Aber dass es nicht wieder geschieht, dafür schon." - Max Mannheimer 1920 - 2016

Wir wünschen Ihnen und Ihren Familien eine schöne Winterwoche und bitte bleiben Sie gesund!

Impressum Büro Hans Friedl MdL, Am Weinberg 26b, 82239 Alling